



Allgemeiner Studierendenausschuss
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

**Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität Mainz**

Staudingerweg 21
55128 Mainz

Arbeitsbereich für Hochschulpolitik
hochschulpolitik@asta.uni-mainz.de

OFFENER BRIEF: STUDIENBEDINGUNGEN AN CORONA ANPASSEN VOM 19.01.2020

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Staatssekretäre, sehr geehrter Herr Minister Wolf,

seit nun bald einem Jahr beschäftigt uns Corona. In wirtschaftlicher, sozialer, aber auch in wissenschaftlicher Hinsicht stellt die Pandemie eine extreme Herausforderung dar. Dabei muss an viele Bereiche und Menschen gedacht werden, damit niemand auf der Strecke bleibt.

Hinsichtlich der Unterstützung von Studierenden wurde zwar politisch reagiert. Die getroffenen Maßnahmen sind aber in vielerlei Hinsicht unzureichend: Gerade die finanzielle Absicherung Studierender ist dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gründlich misslungen. Nicht bedarfsdeckend, zu komplizierter Antragsweg und zu wenig Geld insgesamt: Gerade im Vergleich zu anderen Bereichen, in denen „geklotzt statt gekleckert“ wurde, drängt sich der Verdacht auf, dass der Bundespolitik die Situation der Studierenden entweder nicht bewusst oder egal ist. Auch das Drängen des Koalitionspartners und der KMK konnte Frau Karliczek am Ende nicht überzeugen, eine sinnvolle Hilfe für Studierende auszusetzen.

In Rheinland-Pfalz wurde, wie in vielen anderen Bundesländern auch, die Regelstudienzeit in Hinblick auf die erschwerten Bedingungen für die Lehre verlängert. Leider konnte die Landesregierung sich nicht dazu durchringen, eine generelle Versuchserhöhung für Studierende vorzunehmen. Dies mündete in der ausgesprochen unbefriedigenden Situation, dass einige Hochschulen einen generellen vierten Versuch für Studierende einführten, andere dies aber nicht taten.

Wir fordern die Politik nun auf, auch auf den zweiten Corona-Lockdown zu reagieren. Die Hochschulen sind wieder zu, in den Bibliotheken kann nicht gelernt werden. Eine ordnungsgemäße Vorbereitung auf Klausuren

ist ausgeschlossen. Daher muss auch das Wintersemester 2020/2021 so behandelt werden, wie es die faktische Studierbarkeit zulässt.

Daher fordern wir Sie auf:

1. Die Regelstudienzeit muss erneut um ein Semester verlängert werden. Dies wird durch den verlängerten und verschärften Lockdown dringend notwendig, damit nicht noch mehr Studierende ihre finanzielle Absicherung durch BAföG verlieren.

2. Die Regierung sollte darauf hinarbeiten, dass die Hochschulen einen zusätzlichen Versuch für Klausuren anbieten. In Mainz haben wir mit einer entsprechenden Regel für das vergangene Wintersemester gute Erfahrungen gemacht. Dies sollte für das laufende Wintersemester allen Studierenden in Rheinland-Pfalz ermöglicht werden.

3. Die Studierendenwerke müssen finanziell unterstützt werden. Auch hier reißen fehlende Einnahmen Löcher in die Haushalte. Wenn Sie einen Kollaps der Solidarfinanzierung unter Studierenden vermeiden wollen, muss hier zwingend nachgebessert werden.

4. Studierende werden nach jetzigem Stand an Hochschulen gezwungen, um Klausuren zu schreiben. Dies ist angesichts der Inzidenzwerte unvernünftig. Alternativ können take-at-home Klausuren angeboten werden.

5. Für die letzten beiden Semester wurden in Rheinland-Pfalz von vielen Studierenden Studiengebühren erhoben. Diese bildungsfeindliche Gebühr ist schon in normalen Zeiten problematisch. In einer Lage, in der universitäre Lehre aber nicht das normale Angebot anbieten kann, kann von Studierenden nicht verlangt werden, dass sie Gebühren bezahlen. Gerade hinsichtlich der finanziellen Mehrfachbelastung dieser Studierenden sollte das Land sich hier in der Verantwortung sehen.

6. Auch wenn die Erfolgsaussichten gering sind: Setzen Sie sich für Studierende im Bund ein, um das BAföG endlich für Studierende zu öffnen, die pandemiebedingt Nebenjobs verloren haben. Dies würde Betroffenen ein wenig Zeit verschaffen, um Studium und Finanzielles unter einen Hut zu bringen.

Ebenso, wie Sie auf unsere Solidarität bauen, um die Pandemie in den Griff zu bekommen, fordern wir Sie zu Solidarität mit Studierenden auf, damit wir die Krise gemeinsam bewältigen können.